



Wasser braucht Frieden

- 1. Importe dürfen keine Wasserkonflikte auslösen**
Verbraucher*innen müssen den Wasserfußabdruck von Produkten durch ein Transparenzsiegel erkennen können.
- 2. Kein Klimaschutz auf Kosten des Wasserschutzes**
Klimaschutz darf nicht zur Verschwendung und Verschmutzung von Wasser beitragen.
- 3. Wasser darf nie zur Waffe werden**
In gewaltsamen Konflikten ist der Wasserzugang für die Zivilbevölkerung besonders zu schützen.

Ohne Wasser kein Leben

Wasser bedeutet Leben. Ohne den Zugang zu Trinkwasser können Menschen keine Woche überleben. Ebenso unabdingbar ist einwandfreies Wasser für Körperhygiene und die Vermeidung der Ausbreitung von Krankheiten. Deswegen wurde der Zugang zu Trinkwasser und zur Sanitärversorgung von den Vereinten Nationen 2010 als international verbrieftes Menschenrecht anerkannt. Nur mit Wasser lassen sich Nahrungsmittel in ausreichender Menge und gesund herstellen. So ist auch die Umsetzung des Rechts auf Nahrung eng mit dem Zugang zu Wasser verbunden.

Die Bedeutung von Wasser geht jedoch weit über die Umsetzung fundamentaler Menschenrechte hinaus. Die Verknappung von Wasser gefährdet nicht nur den Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität, sie blockiert auch die menschliche Entwicklung in allen ihren Facetten. Knapp 80 Prozent der globalen Arbeitsplätze sind an die Verfügbarkeit von Wasser gebunden. Steigende Kosten und wachsender zeitlicher Aufwand für die Beschaffung von Trinkwasser und Wasser für den täglichen Gebrauch beschneiden nicht nur die Entwicklungschancen einzelner Menschen, insbesondere von Frauen. Wasserknappheit verschärft auch die weltweit steigende soziale und ökonomische Ungleichheit.

Dabei ist weltweit noch genug Süßwasser vorhanden, um alle Menschen, Tiere und Ökosysteme ausreichend mit Wasser zu versorgen. Durch die Ausweitung der industriellen Landwirtschaft, Umweltverschmutzung, steigenden Rohstoffabbau und Mobilität, aber auch durch die globale Klimakrise sowie Kriege und Konflikte werden Wasserressourcen jedoch weltweit immer knapper. Teilweise werden sie zerstört. In vielen Fällen wird die lokale Bevölkerung auch durch Land- und Wasserraub vom Zugang zu Trink- und Nutzwasser abgeschnitten. Diese Entwicklungen befeuern Konflikte um den Zugang und die Kontrolle über Wasserressourcen, die immer häufiger mit Gewalt ausgetragen werden. Wasser entwickelt sich immer mehr zu einem der wichtigsten Konflikttreiber des 21. Jahrhunderts.

Wasser braucht Schutz

Die große Bedeutung von Wasser in allen Bereichen des menschlichen Lebens spiegelt sich in unterschiedlichsten spirituellen Ritualen der Religionen und in vielen gesellschaftlichen Mythen wider, jedoch nicht im aktuellen Umgang mit dieser lebenswichtigen Ressource. Aus Oberflächen- und Grundwasserreservoirien wird langfristig mehr Wasser entnommen als auf natürliche Weise ersetzt werden kann. Zudem werden verfügbare Wasserressourcen durch eine zunehmende Verschmutzung belastet. Exzessiv eingesetzte Düngemittel und Pestizide in der Landwirtschaft, Fäkalien und Medikamente aus der intensiven Tierhaltung, Gifte aus Industrie und Bergbau und Abwässer der Haushalte landen oft ungeklärt in Flüssen und Seen, vor allem in

wirtschaftlich ärmeren Ländern. Eine besondere Verantwortung an der weltweiten Übernutzung von Wasserressourcen und der Verschmutzung von Gewässern tragen die Industriestaaten mit ihren Produktions- und Konsummustern und ihrem Lebensstil. Durch globale Lieferketten werden diese Umweltauswirkungen oft weit entfernt von Verbraucherinnen und Verbrauchern und deren Aufmerksamkeit in Ländern des so genannten Globalen Südens mit schwachem Umweltrecht und unzureichender Umsetzung bestehenden Rechts spürbar.

In den letzten Jahren lässt sich zudem beobachten, dass der Klimawandel bereits bestehende Probleme in der Wasserversorgung massiv zuspitzt. Durch die Veränderung der Niederschlagsmuster nehmen Dürren und Starkregen zu, Wasserkreisläufe verändern sich stark oder versiegen ganz. Der Temperaturanstieg erhöht die Verdunstung und reduziert die Verfügbarkeit von Grund- und Oberflächenwasser, welches für die Bereitstellung von Trinkwasser, Wasser für die Sanitärversorgung und für die Produktion von Nahrungsmitteln besonders wichtig ist. Aufgrund von zurückgehenden Niederschlägen versalzen bisher fruchtbare Ackerböden, die Ernteerträge brechen ein. Wegen des steigenden Meeresspiegels dringt Salzwasser in die Grundwassersysteme ein und macht ganze Küstenstreifen für die Nahrungsmittelproduktion unbrauchbar. Auch hier sind wieder die Länder des Globalen Südens besonders betroffen, da sie wenig Möglichkeiten haben, sich gegen diese Salzwassereinträge zu schützen.

Wasserzugang braucht Regulierung

In den nächsten Jahrzehnten wird weltweit jeder dritte Mensch unter Wasserknappheit leiden. Das erhöht die Notwendigkeit, Wasserentnahmen und Abwasserbehandlungen zu regulieren. Dafür müssen Akteur*innen aus verschiedenen Ministerien und unterschiedlichen Verwaltungseinheiten und -ebenen zusammenarbeiten. Aber auch die Privatwirtschaft, insbesondere im landwirtschaftlichen und im industriellen Sektor, muss in die Pflicht genommen werden, sorgsam mit der Ressource Wasser umzugehen und Verschwendung und Verschmutzung zu vermeiden. Von ihnen verursachte Schäden an der Wasserversorgung, wie Kontaminationen oder das Versiegen von Wasserquellen, müssen durch sie selbst behoben werden und die Betroffenen vor Ort umfänglich entschädigt werden.

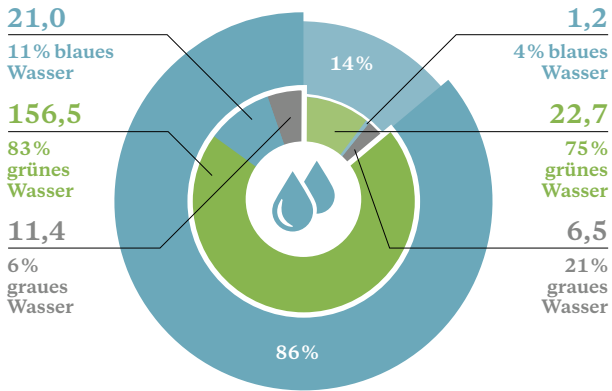
In der Stadt wie auf dem Land fehlen bereits heute, insbesondere im Globalen Süden, adäquate Infrastrukturen, Betriebs- und Finanzierungsmechanismen und Ressourcen, um eine effiziente und nachhaltige Sanitär- und Hygieneversorgung sowie ein entsprechendes Wasser- und Abwassermanagement sicherzustellen. In der Folge können für viele verwundbare Gruppen, wie ökonomisch schwache Haushalte in ländlichen Regionen, Viehhirten ohne offiziell anerkannte Zugangsrechte zu Wasserquellen und Bewohner*innen

Deutschlands Wasserfußabdruck im In- und Ausland

Wasserverbrauch in Mrd. m³

im Ausland gesamt 189

im Inland gesamt 30



Blaues Wasser

Künstlich zugeführtes Bewässerungswasser, das zum Beispiel aus Seen, Flüssen oder Grundwasservorkommen entnommen wird

Grünes Wasser

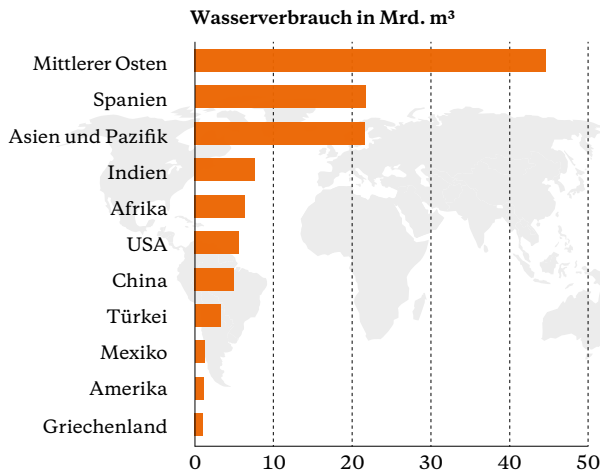
Natürlich vorkommendes Regenwasser und Bodenfeuchtigkeit

Graues Wasser

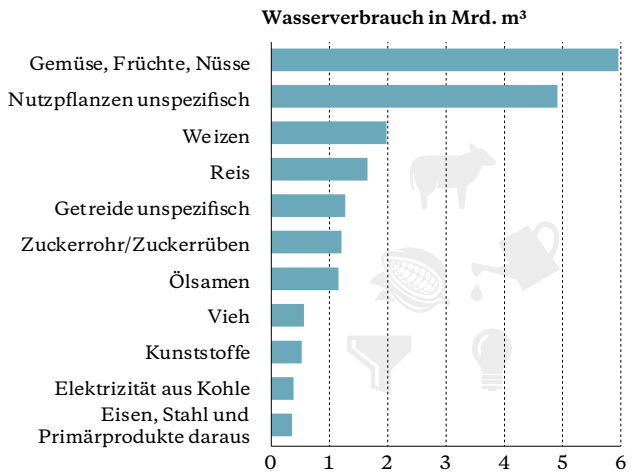
Belastetes Wasser (beispielsweise durch Düngemittel oder Pestizide)



Beiträge von Deutschlands Wasserfußabdruck auf die Übernutzung ausländischer lokaler Wasserressourcen nach Regionen



Sektoren mit den höchsten Beiträgen blauen Wassers zum Wasserfußabdruck von Deutschland



Fazit

Der Verbrauch von inländischem Wasser macht einen geringen Anteil an Deutschlands Wasserfußabdruck aus. Der Import von Wasser durch importierte Güter und der damit verbundene Wasserverbrauch im Ausland trägt im Gegensatz dazu einen großen Anteil an Deutschlands

Wasserfußabdruck. Dies birgt die Gefahr der Übernutzung globaler Wasserressourcen. Durch den Konsum importierter Güter mit hohem Wasserbedarf trägt Deutschland zu Wasserknappheit und damit verbundenen Konflikten in anderen Ländern bei.

Grafik 1: Deutscher Wasserfußabdruck

Quelle: Exiobase-Datenbank, Fachgebiet für Sustainable Engineering der Technischen Universität Berlin, In: Umweltbundesamt (2022)

informeller Siedlungen Frischwasserzugang und Abwasserentsorgung nicht in ausreichendem Maße bereitgestellt werden.

Die zunehmende globale Variabilität der Wasserkreisläufe erhöht zudem die Komplexität des Wassermanagements auf der regionalen und der globalen Ebene. Dem stehen bisher jedoch keine adäquaten globalen Strukturen gegenüber, die eine koordinierende oder sogar regulierende Rolle

im Wassermanagement übernehmen könnten. Das interne Koordinierungsgremium der Vereinten Nationen United Nations Water (UN Water) verfügt nur über ein schwaches Mandat und kann nicht auf die programmatische Ausrichtung anderer UN-Organisationen Einfluss nehmen. Zudem verfügt es nicht über die finanziellen Mittel, um gestalterisch in das globale Wassermanagement einzugreifen.

Brot für die Welt unterstützt Wassermanagement in Indien

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im Bundesstaat Odisha in Indien lebt von der Landwirtschaft. Landdegradierung, Umweltzerstörung und Ressourcenabbau bedrohen jedoch die natürlichen Lebensgrundlagen der Kleinbäuer*innen, ein großer Teil von ihnen lebt bereits jetzt unter der Armutsgrenze. Seit einigen Jahren haben die Menschen zudem mit starken Auswirkungen des Klimawandels zu kämpfen. Veränderte Niederschlagsmuster und langanhaltende Trockenperioden führen zu einem starken Rückgang der Ernteerträge in der Region. Während der Trockenzeiten kommt es zu Wasserknappheit, nur etwa 5 Prozent der Anbauflächen werden künstlich bewässert.

Die von Brot für die Welt geförderte Organisation „Watershed Organization Trust (WOTR)“ unterstützt 1375 Haushalte in 11 Dörfern im Rayagada Distrikt in Odisha beim Aufbau von Dorfentwicklungskomitees. Diese entwickeln lokale Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und setzen diese auch um. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit dieser Dorfentwicklungskomitees ist großräumiges

Wassermanagement. Um Brachland nutzbar zu machen, wird in Gemeinschaftsarbeit das Gelände geebnet, es werden Kontur- und Wasserabsorptionsgräben ausgehoben, und es werden Steinmauern errichtet, um zu verhindern das Wasser ungenutzt abläuft und der Boden erodiert. Zudem werden Staubecken ausgehoben, um das Regenwasser zu speichern. Die Kleinbäuer*innen werden im wasserschützendem Bodenmanagement und in wassersparenden Anbautechniken geschult, wie beispielsweise in Tröpfchenbewässerung. Diese Maßnahmen ermöglichen es, die Anbau- und Bewässerungsflächen auszuweiten und tragen so dazu bei, die Ernährungssituation auch in Trockenzeiten maßgeblich zu verbessern und Konflikte unter den Wassernutzer*innen zu vermeiden. Darüber hinaus stärken sie die Dorfgemeinschaften und fördern die Partizipation von Frauen innerhalb der Dorfgemeinschaften und in der Familie.

Für weitere Informationen siehe:

<https://wotr.org/water-land/>

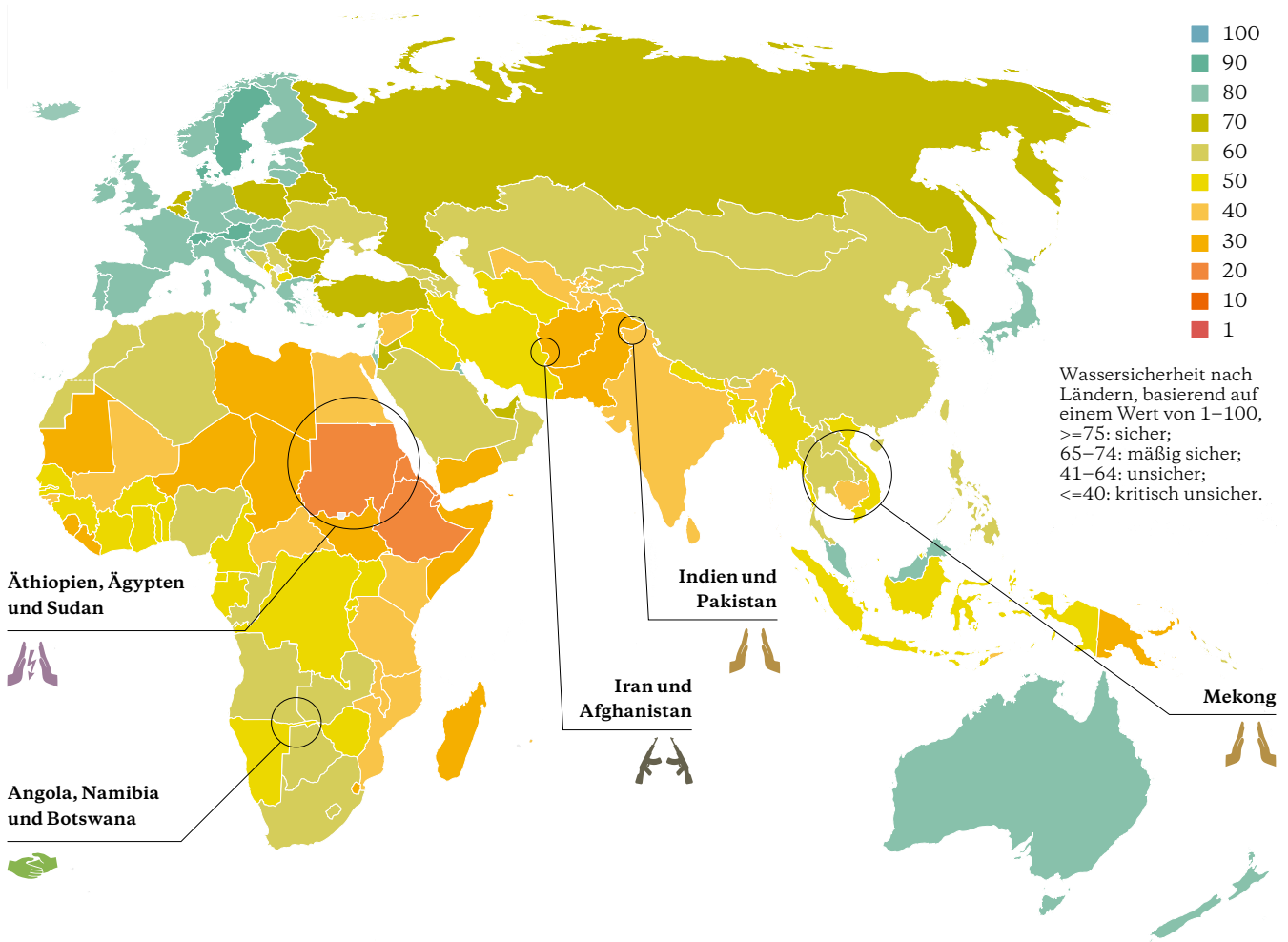
Friedenssicherung durch Wasserkooperationen

Aufgrund der kritischen Bedeutung von Wasser ist die Gefahr groß, dass widerstreitende Interessen verschiedener Nutzer*innen bereits existierende Konflikte verschärfen oder neue Konflikte hervorrufen, die gewaltsam ausgetragen werden. Nutzungskonflikte nehmen nicht nur zwischen lokalen Nutzer*innen-Gruppen wie Viehhirt*innen und Ackerbäuer*innen zu, sondern auch zwischen Unternehmen, Politik und lokalen Gemeinschaften. So gibt es in Flussgebieten viele Beispiele, in denen die Menschen am Oberlauf des Flusses das Wasser unkontrolliert nutzen oder verschmutzen, worunter die Anrainer am unteren Flusslauf leiden. Auch Staudämme oder Wassernutzung für großflächige Bewässerung kann zu Wasserknappheit am Unterlauf führen. Dies kann gesellschaftliche Konflikte innerhalb eines Landes begründen oder auch zu zwischenstaatlichen Konflikten und Krieg führen. Deswegen ist eine Zusammenarbeit in Fragen der Wasserversorgung und des -managements unabdingbar, und in der Regel profitieren alle Beteiligten davon.

Vereinbarungen auf der internationalen Ebene werden immer häufiger erforderlich. Bereits heute sind mehr als drei Milliarden Menschen abhängig von Wasser, welches über Landesgrenzen hinweg fließt, über 500 grenzüberschreitende Aquifere sichern die nationale Wasserversorgung. 153 Länder teilen sich Wasserzugänge mit anderen Ländern, von diesen haben jedoch nur 24 Länder

Kooperationsübereinkommen über alle Wasserzugänge, die sie sich mit anderen Ländern teilen.

Gemeinsames Wassermanagement führt nicht automatisch zu nachhaltigem Frieden, aber es kann verbinden, soziales Miteinander fördern und das gegenseitige Vertrauen stärken. Dafür müssen beim Wassermanagement Konfliktursachen adäquat adressiert und zusätzlich friedensfördernde Maßnahmen durchgeführt werden. Für verschiedene Gruppen oder Staaten kann die Kooperation im Kontext von Wasser zudem ein Ausgangspunkt für weitere Zusammenarbeit sein, die über die Versorgung mit Trinkwasser und Wasser für sanitäre Zwecke hinausgeht. Insbesondere grenzüberschreitende Wasserkooperationen haben häufig positive Auswirkungen auf die Ernährungssicherung. Beim Klimaschutz und Biodiversitätserhalt sind regionale Wasserkooperationen ebenso unabdingbar wie im Katastrophenschutz. Entscheidende Bedeutung für die friedliche Nutzung gemeinsamer Wasserressourcen haben Institutionen, die für die lokale Bevölkerung erreichbar sind und als legitim betrachtet werden. Zum Beispiel lokale Behörden, die auch auf die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen achten und von ihnen akzeptiert werden. Auch lokale Wasserkomitees, in denen Vertreter*innen der Dorfgemeinschaften, betroffene Frauen oder auch indigene Gruppen eine entscheidende Rolle spielen, haben sich bewährt. Auf nationaler und internationaler Ebene braucht es zudem Institutionen, die die Wassernutzung unterschiedlicher Akteur*innen auf der Grundlage von einheitlichen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen beaufsichtigen.



Raumbeispiele: Wasserknappheit und Konflikte

Angola, Namibia und Botswana

Die Anrainer des Okavango-Flusses Angola, Namibia und Botswana verhandeln die Aktualisierung eines Abkommens von 1994, das die Nutzung der Wasserressourcen regulieren, Kooperation stärken und Konflikte vorbeugen soll. Die Permanent Okavango River Basin Water Commission überwacht, wie das Flusswassers genutzt wird.

Indien und Pakistan

Der Indus-Vertrag war in den 1960er Jahren ein wichtiges Mittel, um bestehende Wassernutzungskonflikte zwischen Indien und Pakistan zu lösen. Darin wurde das Flusssystem aufgeteilt, aber keine kooperative Strategie als Konfliktlösung implementiert. Der Vertrag hielt bisher Krisen stand, die praktische Umsetzung verursacht jedoch Unzufriedenheit. Der Klimawandel verschärft die Situation.

Mekong

Chinesische Staudämme entlang des Mekong werden als Ursache für Dürren in Thailand und Kambodscha gesehen. Aber auch Laos, Kambodscha und Vietnam haben Talsperren gebaut. Die Mekong River Commission der Anrainerstaaten zum kooperativen Management des Flusswassers und der von China initiierte Lancang-Mekong Cooperation Mechanism haben es bisher verhindert, dass die Spannungen eskalierten.

Äthiopien, Ägypten und Sudan

Der Grand Ethiopian Renaissance Dam ist der größte Staudamm Afrikas und soll die äthiopische Bevölkerung mit Strom versorgen. Die flussabwärts gelegenen Anrainerstaaten Sudan und Ägypten fürchten um ihre Wasserversorgung. Die Frage, wer das Wasser des Nils kontrolliert und nutzen darf, besteht schon seit mehr als einem Jahrzehnt und hat schon zu militärischen Drohungen Ägyptens geführt.

Iran und Afghanistan

Während der Kamal-Khan-Staudamm am Helmand-Fluss in Afghanistan Bäuer*innen zur Überbrückung von Trockenzeiten dient, sieht der Anrainer Iran seinen Wasserzugang bedroht. Der Iran baut seinerseits Staudämme und beeinflusst den Zufluss in den Irak. Die iranische Regierung beschuldigt Afghanistan, einen Wasserrechtsvertrag von 1973 zu brechen. Dies führte im Frühjahr 2023 zu Gefechten an der Grenze zwischen Afghanistan und Iran.

Kooperationsmechanismen

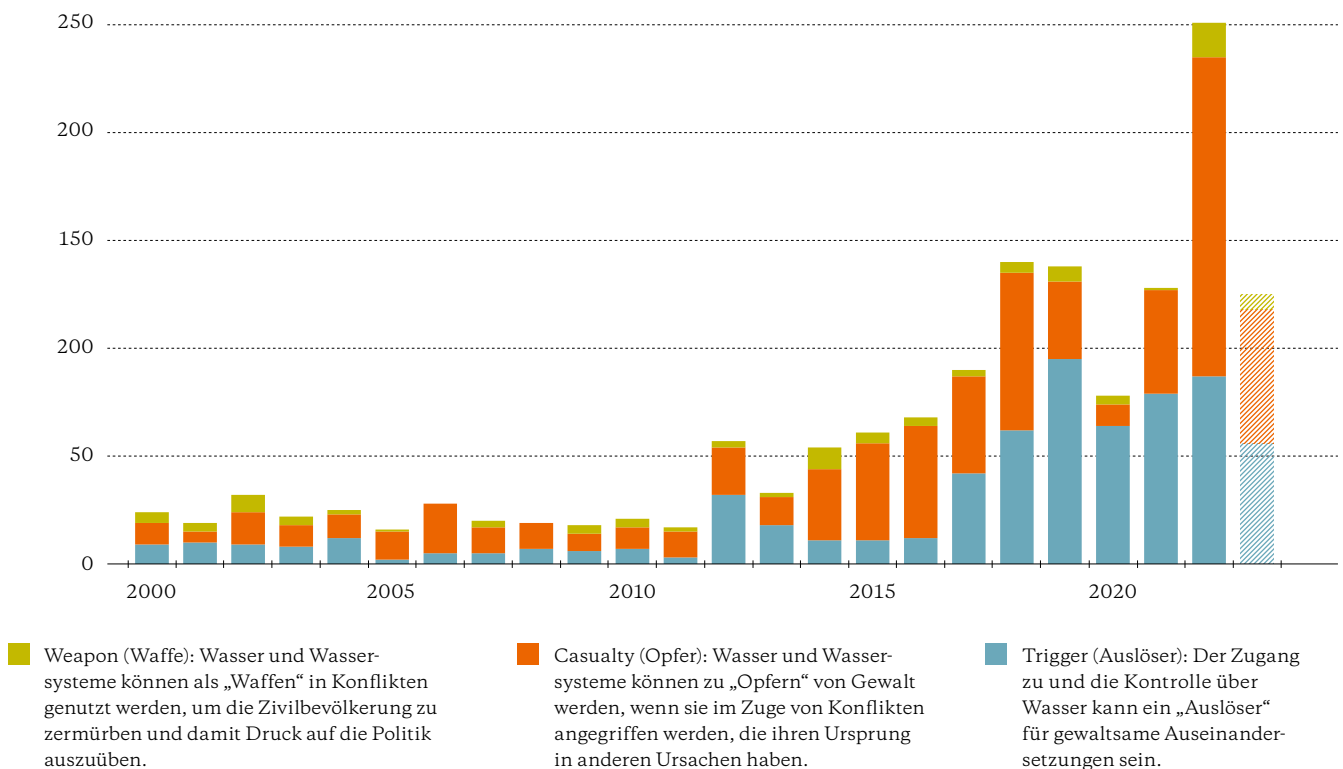
Angespannter Konflikt, aber keine Eskalation

Eskalation

Militärische Eskalation

Grafik 2: Wassersicherheit nach Ländern

Quelle: MacAlister, C, Baggio, G, Perera, D, Qadir, M, Taing, L, Smakhtin, V. 2023. Global Water Security 2023 Assessment. United Nations, University Institute for Water, Environment and Health, Hamilton, Canada.

Ereignisse
im Jahr**Grafik 3:** Wasser in Konflikten 2000–2023Quelle: *Water Conflict Chronology, Pacific Institute, 2023. Die Daten für 2023 sind unvollständig*

Wasser als Konfliktgegenstand

Nimmt durch Übernutzung oder durch den Klimawandel die Verfügbarkeit von Wasser schnell und massiv ab, werden bestehende Kooperationsmechanismen überfordert und es kommt zu Konflikten um Wasser. Das Konfliktpotenzial von Wasser ist besonders hoch, wenn es in Gesellschaften, in denen große ökonomische Ungleichheit herrscht, zu einer Verknappung von Wasser kommt. Problematisch ist zudem, wenn Trinkwasser und Bewässerungswasser in größerem Umfang verschmutzt wird und es keine Institutionen gibt, die in die Wassernutzung regulierend eingreifen oder Wasserquellen vor Verschmutzung schützen können. Aufgrund der umfassenden Bedeutung des Zugangs zu Wasser für alle Lebensbereiche können unbearbeitete Wasserkonflikte leicht eskalieren und in gewalttätige Auseinandersetzungen oder Kriege münden. Entsprechend wichtig ist es, Wasserkonflikte in den Blick zu nehmen, bevor sie ein entsprechendes Eskalationspotential entwickeln. Dabei sollte der Kontext und auch die Interessen unterschiedlicher Betroffener, vor allem marginalisierter Gruppen und Frauen, aber auch privater und staatlicher Akteur*innen auf den verschiedenen administrativen Ebenen genau analysiert werden und die Grundlage für die Bearbeitung dieser Konflikte bilden. Bei

jeglicher Wassernutzung sollte das Gemeinwohlinteresse über private Wirtschafts- und Profitinteressen gestellt werden. Dafür braucht es auf den Menschenrechten basierende rechtliche Rahmenbedingungen, anerkannte und inklusiv agierende Institutionen, die für die Einhaltung dieser Rahmenbedingungen sorgen, eine aktive Korruptionsbekämpfung und ein klares Bekenntnis zu menschenrechtlichen Verpflichtungen von allen Akteur*innen.

Wasser als Waffe

Häufig kommt im Rahmen von gewaltsamen Auseinandersetzungen und militärischen Konflikten die Wasserinfrastruktur zu Schaden. Die Folgen dieser Zerstörungen für die Trinkwasserversorgung, die Gesundheit und die Nahrungsmittelversorgung für die betroffenen Zivilbevölkerungen sind gravierend und gehen häufig bis weit über das Kriegsende hinaus. Immer wieder wird die Unterbindung des Zugangs zu Wasser und zu sanitären Anlagen auch als ein Mittel der Kriegsführung eingesetzt. In bewaffneten Konflikten werden Wasserinfrastrukturen wie Trinkwassersysteme, Kläranlagen, Staudämme und Bewässerungskanäle zudem häufig

zur Zielscheibe von militärischen Aktionen, um Druck auf Zivilbevölkerung und Politik auszuüben. Solche Vorgehensweisen treffen in der Regel die Zivilbevölkerung besonders hart und stellen schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

„Die Genfer Konvention von 1949 und die Zusatzprotokolle von 1977 verbieten ausdrücklich Angriffe auf die zivile, medizinische und landwirtschaftliche Infrastruktur. Und somit auch auf Wassersysteme.“

**Peter Gleick in
Amnesty-Magazin,
Juni 2022**

Was muss passieren?

Wasserverbrauch in Produktionsketten sichtbar machen

Viele wasserintensive Produkte wie Nahrungsmittel und Kleidung werden aus Regionen importiert, in denen Wasserknappheit herrscht. Die damit einhergehende Übernutzung der verfügbaren Wasserressourcen und die gravierenden ökologischen und sozialen Folgen bleiben den Menschen, die die Produkte kaufen, jedoch verborgen. Die Bundesregierung muss den gesetzlichen Rahmen schaffen, um zu verhindern, dass Verbraucher*innen in Deutschland weiter unbewusst dazu beitragen, Wasserkrisen zu schüren, und sie muss dessen Umsetzung auch durchsetzen. Damit Verbraucher*innen Wasserrisiken in ihrer Kaufentscheidung berücksichtigen können, braucht es einheitliche Transparenzregeln. Es muss ein verpflichtendes Siegel geschaffen werden, aus dem hervorgeht, wie viel Wasser in Produktions- und Lieferketten für ein Produkt verbraucht wurde und wie sich das auf die in der Region verfügbaren Wasserressourcen auswirkt. Beispielsweise sollte sichergestellt werden, dass die Vorschriften des Lieferkettengesetzes, welches deutsche Unternehmen in die Pflicht nimmt, kein Wasser zu verunreinigen und nicht übermäßig viel Wasser zu verbrauchen, konsequent angewandt werden. Deutschland sollte sich auch auf EU-Ebene für verbindliche und starke Regulierungen in den globalen Lieferketten einsetzen. Ferner sollte Konfliktsensibilität verpflichtend für unternehmerisches Handeln in Ländern des Globalen Südens gemacht werden.

Klima, Wasser und Frieden zusammen denken

Die Folgen des Klimawandels auf die weltweite Wassersicherheit zeigen sich besonders in wirtschaftlich schwächeren und von Konflikten betroffenen Ländern, in denen der institutionelle Rahmen und die finanziellen Möglichkeiten fehlen, mit Wasserknappheit umzugehen. Beim Kampf gegen den Klimawandel zählt jedes Zehntelgrad, um zu verhindern, dass der Meeresspiegel weiter steigt, Niederschläge unregelmäßiger werden und Extremwetterereignisse zunehmen. Deutschland muss sich in der nationalen und der internationalen Politik sowie in der Entwicklungszusammenarbeit deswegen konsequent für Klimaschutz einsetzen. Klimaschutz und Wasserschutz dürfen dabei jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es beispielsweise bei der extrem wasserintensiven Förderung von Lithium, welches für die europäische Mobilitätswende gebraucht wird, der Fall sein kann. Benötigt wird eine aktive Verbindung von Klimaschutzmaßnahmen mit der Förderung von Agrarökologie und effektivem Wassermanagement. Wichtig sind zudem friedensfördernde Programme, Dialogprogramme und Maßnahmen, die Ungleichheiten und gesellschaftliche Spannungen abbauen. Ein solches multisektorales Vorgehen wäre ein wichtiger Schritt, um auf Nachhaltigkeit und Frieden ausgerichtete Systeme zu fördern.

Kooperatives Wassermanagement fördern

Um Menschen einen sicheren, gerechten sowie sozial und ökologisch nachhaltigen Zugang zu Wasser zu ermöglichen, müssen inklusive Institutionen etabliert werden, die den politischen und rechtlichen Rahmen für eine gemeinschaftliche Nutzung der verfügbaren Wasserressourcen schaffen. Auf lokaler Ebene muss ein effektives und nachhaltiges Wasserressourcenmanagement mit frühzeitiger und kontinuierlicher sowie gut informierter und inhaltsvoller Beteiligung und Einverständnis gemäß „Free, Prior and Informed Consent“ der Vereinten Nationen (FPIC) für alle betroffenen Gruppen sichergestellt werden. Im Hinblick auf grenzüberschreitende Wasserkooperation gilt es, vorausschauend Prozesse und Institutionen zu fördern, die durch Informationsaustausch und praktische Zusammenarbeit zu Vertrauensbildung und Interessenausgleich beitragen. Innerhalb der UN braucht es angesichts der unklaren Verantwortlichkeiten und Aufgabenverteilungen eine zentrale Stelle mit umfangreichen Kompetenzen, durch die die Tätigkeiten der einzelnen UN-Organisationen abgestimmt und koordiniert werden. Diese sollte einen zwischenstaatlichen Mechanismus mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung beinhalten, der regelmäßig eine Plattform für Dialog bietet, um Ziele zu formulieren, Prozesse zu evaluieren sowie ein Forum für Wasserdiplomatie zur Konfliktbearbeitung und Prävention bereitzustellen.

Wasser in gewaltsamen Auseinandersetzungen

Gründe für einen unzureichenden Wasserzugang werden oft in fehlender Wasserinfrastruktur gesehen, und es wird eine bessere Finanzierung des Wasserzugangs gefordert. Um die Ursachen für bestehende Wasserkonflikte erfassen zu können, braucht es jedoch auch eine detaillierte Kontextanalyse, die die Konfliktodynamiken und die daran beteiligten Akteur*innen und ihre Motivationen in den Blick nimmt. Nur in Kenntnis entsprechender Zusammenhänge lassen sich Konfliktfaktoren adäquat adressieren. Um bestehende Konflikte nicht zu verschärfen, sollten lokale Schlichtungsmechanismen und traditionelle Institutionen für die gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten einbezogen werden.

Während gewaltsamer Auseinandersetzungen und Kriege sollte sich die Bundesregierung gemäß der Genfer Konvention für den Schutz von Wasserinfrastruktur einsetzen, um die zivile Bevölkerung zu schützen. Vor allem braucht es eine stärkere Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für den Schutz von Wasser in Konflikten einsetzen. Militärische Handlungen, die gezielt auf die Zerstörung von Wasserinfrastruktur abzielen, müssen genauestens dokumentiert und dahinterstehende Akteur*innen zur Rechenschaft gezogen werden.

Impressum

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Telefon +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autor:innen Dr. Ingrid Jacobsen, Vitus Thoma, Leonie Hesselmann

Redaktion Michael Billanitsch, Mareike Haase, Caroline Kruckow

V.i.S.d.P. Dr. Jörn Gravingholt

Foto Karin Schermbrucker

Layout publicgarden GmbH

Spenden

Brot für die Welt
Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Berlin, März 2024

Weiterführende Literatur und Links

Literatur

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Nationale Wasserstrategie, Berlin 2023.
<https://www.bmu.de/download/nationale-wasserstrategie-2023>

Swiss Agency for Development and Cooperation (SDC): A matter of Survival. Report of the Global High Level Panel on Water and Peace, Genf 2017.
<https://www.genevawaterhub.org/resource/matter-survival>

Umweltbundesamt: Konzeptionelle Weiterentwicklung des Wasserfußabdrucks. Zur Abbildung möglicher qualitativer und quantitativer Wasserbelastungen entlang eines Produktlebenszyklus, Dessau 2022.
<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/konzeptionelle-weiterentwicklung-des>

United Nations University Institute for Water, Environment and Health (UNU INWEH): Global Water Security 2023 Assessment (Summary), Canada 2023.
<https://inweh.unu.edu/global-water-security-2023-assessment/>

United Nations (UN) – Water: The United Nations Global Water Conventions: Fostering Sustainable Development and Peace, Genf 2020.
<https://www.unwater.org/news/united-nations-global-water-conventions-fostering-sustainable-development-and-peace>

United Nations (UN) – Water: Fact Sheet United Nations World Water Day, 2024.
<https://www.unwater.org/our-work/world-water-day>

Internet:

Pacific Institute:
<https://www.worldwater.org/water-conflict/>

Deutsche Welle:
<https://www.dw.com/de/streit-ums-wasser-kriegsgrund-oder-chance-f%C3%BCr-den-frieden/a-61332210>